



Berlin, 16. März 2026

Gemeinsames Pressestatement

Anlässlich der zweiten Sitzung der Task Force „Wirtschaftliche Auswirkungen des Iran-Krieges“ erklären die stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Sepp Müller, und der SPD-Fraktion, Armand Zorn:

„Die Taskforce der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des Iran-Konflikts hat heute ihre zweite Sitzung abgehalten. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Entwicklung der Kraftstoffpreise und die Frage, wie Verbraucher und Wirtschaft wirksam entlastet werden können. An der Sitzung nahmen auch der Präsident des Bundeskartellamtes, der Vorsitzende der Monopolkommission, sowie Vertreter der Mineralölwirtschaft, des ADAC und der Verbraucherzentrale Bundesverband teil.

Bundeskartellamt und Monopolkommission haben die Ergebnisse existierender Untersuchungen dargestellt, die zu dem Ergebnis kommen, dass der Kraftstoffmarkt in Deutschland nicht gut funktioniert. Die Unternehmen sowie die Verbraucher in unserem Land haben den berechtigten Anspruch, dass wir hier genau hinschauen und handeln.

Als Taskforce unterstützen wir daher ausdrücklich das Maßnahmenpaket der Bundesregierung. Die Freigabe eines Teils der strategischen Ölreserve sowie das in Abstimmung befindliche Kraftstoffpreisanpassungsgesetz, das die Einführung eines Preismodells nach österreichischem Vorbild vorsieht, wodurch die Tankstellen ihre Preise nur noch einmal am Tag erhöhen können, sind richtige Schritte, mit denen wir Unternehmen und Verbraucher schnell entlastet werden.

Darüber hinaus verbessern wir mit der Einführung der Missbrauchsaufsicht auf Kraftstoffmärkten und einer Straffung der kartellrechtlichen Verfahren nach § 32f GWB die Transparenz und Fairness an den Tankstellen.

Um das Maßnahmenpaket nun so schnell wie möglich Gesetz werden zu lassen, haben sich die Mitglieder beider Koalitionsfraktionen für die Einbringung als Fraktionsinitiative ausgesprochen. Unser Ziel ist es, das Gesetz noch in diesem Monat zu verabschieden. Wir stehen dazu als Koalitionsfraktionen in enger Abstimmung mit der Bundesregierung und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, um das Gesetzgebungsverfahren wo nur möglich zu beschleunigen. Dazu sollen Fristen verkürzt und alle verfahrensrechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, damit die Entlastung schnell bei den Menschen ankommt.“